

## Pressemitteilung der SPD Walluf

### **„Schwarzgrüne Landesregierung greift den Kommunen erneut in die Tasche“**

Mit Empörung hat der Vorsitzende der SPD Walluf, Johannes Ossa, auf die Pläne von CDU und Grünen im Land reagiert, zum kommenden Jahr eine sogenannte „Heimatumlage“ einzuführen. „Schwarzgrün plant in Hessen zum wiederholten Mal einen Griff in die kommunalen Kassen und dieses Mal ist es an Dreistigkeit kaum zu überbieten“, kommentiert Ossa die Pläne der Landesregierung.

Hintergrund ist, dass die Hessischen Kommunen seit Mitte der neunziger Jahre 29 Prozent ihrer Gewerbesteuereinnahmen abführen müssen, um den Aufbau Ost anteilig zu finanzieren. Diese Umlage, die per Bundesgesetz geregelt war, läuft zum Ende dieses Jahres aus, so dass die Städte und Gemeinden in Hessen ab nächstem Jahr diesen Anteil ihrer Gewerbesteuereinnahmen wieder behalten dürfen. Landesweit macht dies etwa 400 Millionen Euro Mehreinnahmen für die Kommunen aus. „Offensichtlich hat das Begehrlichkeiten beim hessischen Finanzminister geweckt, weshalb dieser jetzt die neue Umlage einführen will, mit der den Kommunen 75 Prozent dieses Geldes gleich wieder weggenommen werden soll. Das ist völlig inakzeptabel“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD in der Gemeindevertretung.

Dabei spielt für den Wallufer SPD-Chef auch keine Rolle, dass ein Teil davon über Förderprogramme wieder in die Kommunen zurückfließen soll. „Die Landesregierung nimmt den Gemeinden erst deren Geld weg, gibt ihnen dann etwas davon zurück, macht ihnen aber Vorgaben, wofür sie es ausgeben dürfen und will sich dann auch noch als Wohltäter in medial inszenierten Bescheid-Übergaben dafür feiern lassen“.

Anhand der Gewerbesteuereinnahmen von 2018 haben die Wallufer Sozialdemokraten ausgerechnet, dass Walluf jährlich ca. 240.000 € in die neue Umlage einzahlen müsste. „Das ist Geld der Kommune, das uns möglicherweise fehlt, um in Kinderbetreuung, Klimaschutz oder Infrastruktur zu investieren. Es ist ja nicht so, dass Walluf nicht über die Kreisumlage und die Abgaben, die wir als abundante Kommune in den Kommunalen Finanzausgleich zahlen müssen, schon genug belastet ist. Jetzt müssen wir Steuereinnahmen, die uns zustehen an das Land abgeben, damit davon Aufgaben finanziert werden, für die die Kommunen nicht zuständig sind, sondern das Land Hessen. Worin liegt hier die Gerechtigkeit?“, so der SPD-Vorsitzende Johannes Ossa.

Zusammen mit dem Betrag von weit mehr als einer Million Euro, den die Gemeinde Walluf Jahr für Jahr bereits in den Kommunalen Finanzausgleich entrichten müsse, entgingen Walluf damit fast 1,5 Millionen Euro jährlich, die nicht für Gemeindeinvestitionen zur Verfügung stünden, erläutert Ossa.

„Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Land Hessen konsequent versucht Kommunen, die in ihre Gewerbegebiete investieren und ein attraktiver Standort für Gewerbetreibende sind, für diesen Erfolg zu bestrafen, indem es diesen Gemeinden über verschiedene Wege die Steuereinnahmen wieder wegnimmt. Dieses Vorgehen erinnert mich stark an das Grundherrensensystem aus dem Mittelalter, aber nicht an das Vorgehen in einem demokratischen Gefüge des 21. Jahrhunderts“, so Johannes Ossa abschließend.